

# Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1971-1991 aus statistischer Sicht

Autor(en): **Seitz, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP**

Band (Jahr): **34 (1994)**

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-173055>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Werner Seitz

# Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1971–1991 aus statistischer Sicht

Im vorliegenden Artikel wird die Entwicklung der Frauenrepräsentation im Nationalrat von 1971 bis 1991 dargestellt, differenziert nach Parteien und Kantonen. In bezug auf die parteipolitische Verteilung der kandidierenden und gewählten Frauen können in den siebziger Jahren keine klaren Muster festgestellt werden, ab den achtziger Jahren zeigt sich dagegen deutlich eine Konzentration der gewählten Frauen bei den linken und grünen Parteien. In bezug auf die kantonalen Verteilungsmuster wiederum fällt vor allem der sprachregionale Aspekt auf: In den siebziger Jahren war die Frauenrepräsentation in der französischsprachigen Schweiz deutlich besser als in der deutschsprachigen Schweiz, in den achtziger Jahren sank dagegen der Anteil der gewählten Frauen in der Romandie massiv, während er in der Deutschschweiz stark anstieg. Werden diese beiden Befunde über die parteipolitische und die regionale Verteilung der Frauen mit der geschlechterspezifischen Zusammensetzung der kantonalen Parlamente (1971–1991) verglichen, so bestätigt sich die Aussage, dass die gewählten Frauen besonders aus den Reihen der linken und grünen Parteien stammen. Dagegen bedarf die Aussage betreffend die sprachregionale Gliederung der Frauenrepräsentation einer Relativierung: Der bei den Nationalratswahlen konstatierte Unterschied zwischen der französischsprachigen und der deutschsprachigen Schweiz kann auf der Ebene der kantonalen Parlamente nicht festgestellt werden; die Frauen sind in der Romandie wie der Deutschschweiz etwa gleich stark vertreten.

Cet article présente l'évolution de la représentation des femmes au Conseil national de 1971 à 1991. Dans les années soixante-dix, les candidates n'appartenaient pas plus à un parti qu'à un autre; il est par contre intéressant de constater que, durant la décennie suivante, la grande partie des femmes élues étaient issues de la gauche ou des partis «verts». Si la répartition par canton n'est pas pertinente, on relève une différence entre régions linguistiques. Ainsi, dans les années soixante-dix, la représentation féminine était plus importante en Romandie, alors que dans les années quatre-vingt, la part des élues romandes baissait tandis que celle des alémaniques augmentait. Dans les parlements cantonaux, l'évolution de la répartition des femmes élues selon l'appartenance politique est semblable à celle constatée pour le Conseil national. Par contre la différence entre régions linguistiques (alémanique et romande) est nettement moins prononcée.

Auf dem Weg in den Nationalrat haben die interessierten Anwärtinnen und Anwärter eine doppelte Selektion zu bestehen: Um als Abgeordnete in der grossen Kammer Einsitz nehmen zu können, müssen sie erstens von den Parteien und Gruppierungen als Kandidierende aufgestellt werden, und zweitens haben sie sich in der Volkswahl gegen die anderen Mitkandidierenden durchzusetzen. Bei diesem Selektionsprozess schneiden die Frauen, die im zu untersuchenden Zeitraum von 1971 bis 1991 in der Bevölkerung mit gut 51 % und unter den Wahlberechtigten mit rund 54 % die Mehrheit ausmachen, mit steigender Stufe schlechter ab.

Bei den Nationalratswahlen 1971 waren die Frauen unter den Kandidierenden gut 5mal schwächer vertreten als die Männer, und bei der Wahl selber schnitten diese Kandidatinnen nochmals gut 3mal schlechter ab, so dass das quantitative Verhältnis der gewählten Frauen zu den gewählten Männern auf 1:20 zu liegen kam. Bis zu den Nationalratswahlen 1991 verbesserten die Frauen ihre Repräsentation auf den verschiedenen Ebenen kontinuierlich: Die entsprechenden Werte betragen 1991 halb so viele Kandidatinnen als Kandidaten, gut halb so grosse Erfolgsquote dieser Kandidatinnen gegenüber den Kandidaten und schliesslich ein quantitatives Verhältnis der gewählten Frauen zu den gewählten Männern von fast 1:5.

Im folgenden wird die Entwicklung der Frauenrepräsentation im Nationalrat von 1971 bis 1991 – differenziert nach Parteien und Kantonen – auf der Ebene der Kandidatinnen, der gewählten Frauen und der Wahlchancen (Wahlquoten) der Frauen dargestellt und analysiert; anschliessend werden die zentralen Aussagen betreffend die Frauenrepräsentation im Nationalrat mit den Ergebnissen der Parlamentswahlen in den Kantonen verglichen. Abgeschlossen wird der Aufsatz mit einigen Hinweisen für eine Verbesserung der Frauenrepräsentation im Nationalrat, soweit sie sich aus der vorliegenden statistischen Analyse ergeben.

## **I. Die Kandidatinnen bei den Nationalratswahlen 1971–1991**

Bei den Nationalratswahlen 1971, den ersten nach der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts, bewarben sich 267 Frauen um ein Mandat in der grossen Kammer; sie machten dabei rund 16 % aller Kandidierenden aus.<sup>1</sup> Bei den folgenden beiden Wahlen steigerten die Kandidatinnen ihren Anteil nur wenig (um je rund 1 Prozentpunkt); erst dank Steigerungen von 5 (1983) bzw. 6 Prozentpunkten (1987) vergrösserte sich die weibliche Präsenz auf den Wahllisten etwas namhafter. Bei den Nationalratswahlen 1991 machten die 834 Kandidatinnen rund 33 % aller Kandidierenden aus. *Die Frauen haben somit ihren Anteil in den ersten zwanzig Jahren seit der Einführung des Frauenstimmrechts von einem Sechstel auf ein Drittel verdoppelt.* Im folgenden Kapitel soll diese Entwicklung der Kandidatinnenanteile nach Parteien und Kantonen untersucht werden.

<sup>1</sup> Da in den 5 Majorzkantonen keine Wahllisten aufgestellt werden, gibt es in diesen Kantonen auch keine Kandidaturen (UR, OW, NW, GL, AI). Die Ausführungen über die Kandidierenden beziehen sich daher nur auf die 21 Proporzkantone.

## 1. Die Kandidatinnen nach Parteien

Bei den Nationalratswahlen 1971 schien die Haltung der Parteien in bezug auf die Frauen in der Politik neutral – eher: indifferent – gewesen zu sein; alle Parteien portierten anteilmässig etwa gleich viele Frauen. In den siebziger und vor allem in den achtziger Jahren wurde es immer mehr ein Anliegen der rot-grünen Parteien (SP, PdA, POCH/Grüne) und des LdU, durch Frauen in der grossen Kammer vertreten zu sein; demgegenüber sank bis 1987 der Anteil der Kandidatinnen auf den Listen der bürgerlichen und rechten Parteien deutlich. Diese Feststellung soll im folgenden belegt werden anhand der Verteilung der Kandidatinnen über die verschiedenen Parteien – mit dem Total aller Kandidatinnen als Bezugspunkt (100%) – und anhand der Anteile der Frauen auf den einzelnen Parteilisten – mit dem Total der Kandidierenden pro Partei als Bezugspunkt (100%).<sup>2</sup>

### a) Die Kandidatinnen nach Parteien: Total der Kandidatinnen = 100%

Bei den Nationalratswahlen 1971 gehörten fast 60% aller Kandidatinnen zu einer Bundesratspartei, 1991 machten die Kandidatinnen der Bundesratsparteien noch knappe 40% aus. Dieser starke Rückgang des Anteils der Kandidatinnen erfolgte nicht bei allen vier Bundesratsparteien gleichermassen, sondern ist ausschliesslich bei den bürgerlichen Bundesratsparteien festzustellen. Das Faktum, dass – besonders ab den achtziger Jahren – ein beträchtlicher und stetig wachsender Teil der Kandidatinnen aus den Reihen der rot-grünen Parteien stammt, legt eine Analyse unter dem Aspekt des «links-rechts»-Schemas nahe.

Nehmen wir vorerst die *bürgerlichen Bundesratsparteien*. Bei ihnen kann von 1971 bis 1987 ein massiver Rückgang der Frauenanteile festgestellt werden: 1971 kandidierten fast die Hälfte aller Kandidatinnen (45.3%) auf ihren Listen, 1987 waren es noch 18.8%; damit hatte der Anteil der bürgerlichen Frauen am Total der Kandidatinnen seinen Tiefpunkt erreicht. 1991 stieg dieser Anteil auf 24.5%; er ist aber immer noch kleiner als in den siebziger Jahren. Betrachten wir die drei bürgerlichen Bundesratsparteien einzeln, so schneiden *FDP und SVP* am schlechtesten ab. Diese hatten 1971 noch 19.5% (FDP) bzw. 14.2% (SVP) aller Kandidatinnen auf ihren Listen – das waren gar die grössten bzw. zweitgrössten Anteile –, 1987 portierten sie nur noch 7.7% (FDP) bzw. 4.4% (SVP) aller Frauen. Auch der Anteil der *CVP*-Frauen am Total der Kandidatinnen ging bis zu den Nationalratswahlen 1987 kontinuierlich zurück (von 11.6% auf 6.7%). Nach dem allgemeinen Tiefpunkt der drei bürgerlichen Parteien bei den Nationalratswahlen 1987 steigerten die *CVP*-Frauen ihren Anteil um gut 4 Prozentpunkte (auf 11%); bei *FDP* und

2 In diesem Aufsatz werden folgende 11 Parteien/Parteigruppen unterschieden: die 4 Bundesratsparteien (FDP, CVP, SPS und SVP), die Mitteparteien (LdU, EVP), die LPS, die kommunistische PdA und die AP; die verschiedenen grünen und alternativen Formationen werden unter dem Sammelbegriff «POCH/Grüne» aufgeführt, die Republikaner (inkl. Vigilance-GE) und die Schweizer Demokraten (ehem. Nationale Aktion) unter dem Sammelbegriff «nationalistische Rechtsparteien». Zu «POCH/Grüne» und «nationalistische Rechtsparteien» vgl. auch die beiden folgenden Anmerkungen.

SVP war diese Steigerung mit 1 bzw. ½ Prozentpunkt etwas bescheidener (FDP: auf 8.6%; SVP: auf 4.8%).

Die SPS zeichnete sich bei den Nationalratswahlen 1971–1991 durch eine grosse Stabilität aus: Aus ihren Reihen stammten in diesen zwanzig Jahren konstant 12.5–15% aller kandidierenden Frauen. Mit Abstand am meisten Kandidatinnen präsentierten sich seit 1979 auf den Wahllisten von *POCH/Grüne*<sup>3</sup>: Bei den Nationalratswahlen 1979 machten die Frauen auf diesen Wahllisten 15% aller Kandidatinnen aus, seit 1983 liegt ihr Anteil bei rund 25%.

Am wenigsten Frauen (5–7%) kandidierten bei den Nationalratswahlen 1971–1991 auf den Listen der *rechten Parteien*, wobei die nationalistischen Rechtsparteien<sup>4</sup> deutlich mehr Frauen portierten als die AP.

Von den politischen *Mitte-Parteien LdU und EVP* wiederum stammten in diesen zwanzig Jahren rund 12% aller Kandidatinnen. Auf den Listen des *LdU* kandidierten konstant mehr Frauen als bei der EVP; in den achtziger Jahren und 1991 hatte der LdU etwa gleich viele Frauen auf seinen Listen wie die FDP.

*b) Die Kandidatinnen nach Parteien: Total der Kandidierenden pro Partei = 100%*

Die oben dargestellte Entwicklung der «Frauenfrage» von einem parteipolitisch neutralen bzw. indifferenten Anliegen zu einem Postulat der rot-grünen Parteien lässt sich noch deutlicher anhand der Anteile der Kandidatinnen innerhalb der einzelnen Parteien aufzeigen. Bei den Nationalratswahlen 1971 war das Verhältnis zwischen der Zahl der Kandidaten und der Zahl der Kandidatinnen auf den meisten Parteilisten etwa gleich gross: Bei sämtlichen Parteien – mit Ausnahme von *POCH/Grüne* und den nationalistischen Rechtsparteien – war die Abweichung des Frauenanteils vom nationalen Mittel kleiner als 3 Prozentpunkte. In den achtziger Jahren setzte gewissermassen eine *parteilpolitische Polarisierung der «Frauenfrage»* ein: Seit 1987 beträgt die Abweichung vom nationalen Mittel bei sämtlichen Parteien (ausser bei der LPS) mehr als 3 Prozentpunkte. Die Anteile der Kandidatinnen auf den Listen der Parteien des rot-grünen Spektrums (SPS, PdA, *POCH/Grüne*) und des *LdU* bewegten sich 1991 zwischen 39% und 55%, bei den bürgerlichen und rechten Parteien und bei der EVP zwischen 7% und 28%.

3 Unter «*POCH/Grüne*» sind folgende Parteien zusammengefasst: *POCH* (1971–1991), *GPS* (1975–1991) und *alternative Grüne* (1979–1991). Die Parteigruppe *POCH/Grüne* bestand bis 1983 vor allem aus der *POCH*, ab den achtziger Jahren dominierten immer mehr die *Grünen* (hauptsächlich die *GPS*). Dabei ist daran zu erinnern, dass sich Ende der achtziger Jahre die meisten Kantonalsektionen der *POCH* auflösten und der *GPS* beitraten (vgl. dazu Bundesamt für Statistik 1991).

4 Unter «*nationalistische Rechtsparteien*» sind folgende Parteien zusammengefasst: *Republikaner* (1971–1987), *Vigilance-GE* (1971–1991), *Schweizer Demokraten* (vor 1991 nannten sich diese «*Nationale Aktion*»).

|                     | 1971 | 1975 | 1979 | 1983 | 1987 | 1991 |
|---------------------|------|------|------|------|------|------|
| FDP                 | 16,5 | 13,0 | 15,7 | 16,1 | 20,5 | 27,0 |
| CVP                 | 16,2 | 14,0 | 11,6 | 15,8 | 20,9 | 27,7 |
| SPS                 | 14,6 | 18,6 | 19,4 | 25,0 | 37,6 | 45,3 |
| SVP                 | 14,0 | 13,1 | 13,3 | 9,7  | 15,3 | 16,9 |
| LPS                 | 18,2 | 20,0 | 17,6 | 21,2 | 21,2 | 31,4 |
| LdU                 | 17,9 | 17,4 | 20,8 | 25,2 | 35,7 | 39,0 |
| EVP                 | 17,4 | 18,4 | 16,1 | 18,9 | 25,0 | 29,2 |
| PdA                 | 16,7 | 20,2 | 30,0 | 33,3 | 42,9 | 47,2 |
| POCH / Grüne        | 37,5 | 26,7 | 38,1 | 40,4 | 48,8 | 55,4 |
| nat. Rechtsparteien | 12,2 | 9,9  | 12,6 | 20,6 | 20,4 | 27,9 |
| AP                  |      | -    | -    | -    | 15,7 | 7,2  |
| Übrige*             | 17,5 | 22,8 | 18,3 | 24,9 | 26,3 | 25,9 |
| Total               | 15,8 | 16,9 | 18,4 | 23,1 | 29,3 | 32,6 |

\* Unter "Übrige" sind folgende Parteien zusammengefasst:  
CSP, PSU (ehem. PSA), EDU, Lega und Splittergruppen.

Erläuterung:

**12,0** = mehr als 3 Prozentpunkte unter dem nationalen Durchschnitt

**12,0** = mehr als 3 Prozentpunkte über dem nationalen Durchschnitt

Tabelle 1: Anteil der kandidierenden Frauen bei den Nationalratswahlen 1971–1991  
(Kandidierende pro Partei = 100%)

## 2. Die Kandidatinnen nach Kantonen (Sprachregionen und Wahlkreisgrösse)

Vergleichen wir die weiblichen Kandidaturen in den einzelnen Kantonen, so lassen sich bei den Nationalratswahlen 1971–1991 als Extreme die beiden Kantone Basel-Stadt und Appenzell-Ausserrhoden feststellen: *Basel-Stadt* ist der einzige Kanton, dessen Kandidatinnenanteil seit 1971 immer über dem nationalen Durchschnitt lag. In *Appenzell-Ausserrhoden* wiederum hat sich noch nie eine Frau um ein Nationalratsmandat beworben; konstant und deutlich unter dem nationalen Schnitt liegen ferner die Frauenanteile seit 1971 in den Kantonen Graubünden und Thurgau.

Fassen wir die Kantone zu «Sprachregionen» zusammen, so können wir beim Vergleich der deutschsprachigen mit den französischsprachigen Kantonen<sup>5</sup> fol-

<sup>5</sup> Als französischsprachige Kantone gelten FR, VD, VS, NE, GE und JU. Die entsprechenden Werte des Kantons Tessin sind etwas tiefer als jene der Romandie.

gende Besonderheiten feststellen: 1. Bei den Nationalratswahlen 1971 war der Frauenanteil in den französischsprachigen Kantonen mit 17.6% grösser als in den deutschsprachigen Kantonen (15.4%). 2. In den achtziger Jahren – mit dem Aufkommen der Grünen, welche vor allem in der Deutschschweiz zulegten – holten die Deutschschweizer Kandidatinnen auf und erreichten bei den Nationalratswahlen 1991 einen Anteil von 33.4%; in der französischsprachigen Schweiz waren 1991 29.9% der Kandidierenden Frauen.

Im folgenden soll die These von Ballmer-Cao überprüft werden, welche besagt, dass mit steigender Grösse des Wahlkreises auch die Wahlchancen der Frauen steigen (Ballmer-Cao 1990: 43). Auf die Kandidaturen bezogen bedeutet dies sinngemäss, dass der Anteil der Kandidatinnen auf den Wahllisten steigt, je mehr Mandate im entsprechenden Wahlkreis zu vergeben sind.

Um den möglichen Einfluss der Wahlkreisgrösse auf die Grösse des Kandidatinnenanteils festzustellen, suchen wir nach statistischen Zusammenhängen zwischen dem Kandidatinnenanteil pro Kanton und der Anzahl Mandate, die pro Kanton zu vergeben sind. Eine Möglichkeit, solche Zusammenhänge aufzuspüren und aufzuzeigen, besteht im Berechnen des Pearson'schen Korrelationskoeffizienten. Dieser liegt definitionsgemäss zwischen «+1» und «-1», wobei «+1» volle Übereinstimmung bedeutet und «-1» negative Übereinstimmung; Koeffizient «0» besagt dagegen, dass zwischen den beiden Variablen keinerlei Zusammenhang besteht. Bezogen auf die beiden Variablen Wahlkreisgrösse und Kandidatinnenanteil kann – abgesehen von den Nationalratswahlen 1971, bei denen der Pearson'sche Korrelationskoeffizient nur gerade 0.1488 beträgt – ein gewisser, wenn auch eher schwacher Zusammenhang festgestellt werden: Für die Nationalratswahlen 1975–1991 bewegt sich der Korrelationskoeffizient zwischen 0.3377 und 0.4457.<sup>6</sup>

Zur Konkretisierung dieses statistischen Zusammenhangs von Wahlkreisgrösse und Grösse des Kandidatinnenanteils fassen wir die 21 Proporzkantone – entsprechend der Zahl der Mandate, die ihnen im Nationalrat zusteht, – zu vier Gruppen zusammen<sup>7</sup>. Dabei kann folgendes festgestellt werden: Aufgrund der Werte der ersten Gruppe (mit 2–3 Mandaten) scheint die These von Ballmer-Cao verifiziert: Der Anteil der Kandidatinnen in dieser Gruppe ist bei sämtlichen Nationalratswahlen am kleinsten (zwischen 3.8% und 23.6%). Ähnliches lässt sich auch zur Gruppe mit 5–9 Mandaten festhalten: Hier waren die Frauenanteile durchwegs grösser als jene der ersten Gruppe und – ausgenommen die Nationalratswahlen von 1971 und 1987 – kleiner als jene der beiden anderen Gruppen mit mehr als 10 Mandaten. Für die beiden Gruppen mit 2–3 bzw. 5–9 Mandaten dürfte die These von Ballmer-Cao als verifiziert gelten.

Weniger eindeutig jedoch verhält es sich bei den Gruppen mit 11–16 bzw. 29–35 Mandaten: Entgegen der These von Ballmer-Cao finden wir die höchsten Kandida-

6 Die genauen Werte sind: Nationalratswahlen 1971: 0.1488, Nationalratswahlen 1975: 0.4044, Nationalratswahlen 1979: 0.4069, Nationalratswahlen 1983: 0.3951, Nationalratswahlen 1987: 0.3377, Nationalratswahlen 1991: 0.4457 (Pearson'scher Korrelationskoeffizient).

7 Die Gruppe mit 2–3 Mandaten umfasst die Kantone SZ, ZG, SH, AR und JU, die Gruppe mit 5–9 Mandaten LU, FR, SO, BS, BL, GR, TG, TI, VS und NE, die Gruppe mit 11–16 Mandaten SG, AG, VD und GE und die Gruppe mit 29–35 Mandaten BE und ZH.

tinnenanteile bei den vier Nationalratswahlen von 1971 bis 1983 in der Gruppe mit 11–16 Mandaten (zwischen 19.1 % und 26.4 %); die entsprechenden Werte für die Gruppe mit 29–35 Mandaten (Bern und Zürich) bewegen sich zwischen 14.3 % und 22.9 %. Erst bei den Nationalratswahlen von 1987 und 1991 haben die Kantone mit den meisten Mandaten (Zürich und Bern) auch die höchsten Kandidatinnenanteile (31 % und 34.7 %); für die Kandidatinnen der Gruppe mit 11–16 Mandaten betragen die Anteile 26.2 % und 31.1 %.

Die These vom günstigen Einfluss der steigenden Wahlkreisgrösse auf den Anteil der Kandidatinnen kann – statistisch gesehen – nicht als verifiziert betrachtet werden. Sie trifft am ehesten auf die jüngsten Nationalratswahlen von 1991 zu, bei denen der statistische Zusammenhang zwischen Wahlkreisgrösse und Kandidatinnenanteil am stärksten war, sowie, in schwächerem Ausmass, auf die Wahlen von 1975 bis 1987. Zur Erklärung des Zusammenhangs von steigender Wahlkreisgrösse und steigendem Kandidatinnenanteil kann auch auf die Beziehung zwischen der Wahlkreisgrösse und der Entwicklung der Parteienlandschaft hingewiesen werden: Wie bereits in den Ausführungen über die Kandidatinnen nach Parteien aufgezeigt, wurden die Frauen ab den achtziger Jahren besonders auf den Wahllisten der linken und grünen Parteien portiert; diese Parteien aber haben sich gerade in den grossen Wahlkreisen besonders verankert (Bundesamt für Statistik 1991; Bundesamt für Statistik 1993).

#### Zwischenfazit

- *In den ersten 20 Jahren nach der Einführung des Frauenstimmrechts verdoppelten die Frauen ihren Anteil auf den Wahllisten von  $\frac{1}{6}$  auf  $\frac{1}{3}$ . Diese Steigerung erfolgte vor allem in den achtziger Jahren, als die linken und grünen Parteien offensichtliche Anstrengungen unternahmen, die Zahl der Kandidatinnen zu steigern. Dadurch, dass die Bemühungen der bürgerlichen und rechten Parteien um eine Steigerung des Frauenanteils auf den Wahllisten deutlich schwächer waren als jene der rot-grünen Parteien, kam es zu einer parteipolitischen Polarisierung der «Frauenfrage».*
- *Wird die Verteilung der Kandidatinnen nach Sprachregionen verglichen, so sind die Frauenanteile an den Kandidaturen in den siebziger Jahren in der Romandie höher als in der Deutschschweiz, seit den achtziger Jahren liegen jedoch die Anteile der Kandidatinnen in der Deutschschweiz deutlich über jenen in der Romandie.*
- *Es besteht ein gewisser statistischer Zusammenhang zwischen der Wahlkreisgrösse und der Grösse des Kandidatinnenanteils: Je grösser der Wahlkreis desto grösser ist meistens der Frauenanteil auf den Wahllisten. Zur Erklärung dieses Phänomens ist auch darauf hinzuweisen, dass die grossen Wahlkreise tendenziell die «Hochburgen» der linken und grünen Parteien sind, und dass es gerade diese Parteien sind, auf deren Listen ab den achtziger Jahren überdurchschnittlich viele Frauen kandidierten.*



## II. Die gewählten Frauen bei den Nationalratswahlen 1971–1991

Bei den Nationalratswahlen 1971 schafften 10 Frauen den Sprung in die grosse Kammer; sie machten dabei 5% aller Gewählten aus. Bis 1991 steigerte sich der Anteil der gewählten Frauen kontinuierlich und gemächlich um durchschnittlich 2.5 Prozentpunkte pro Wahl auf 17.5%. Die Entwicklung der Zahl der gewählten Frauen soll im folgenden nach Parteien und Kantonen dargestellt werden.

### 1. Die gewählten Frauen nach Parteien

Permanent mit Frauen im Nationalrat vertreten sind seit 1971 nur die drei grossen Bundesratsparteien (*FDP, CVP und SPS*). Etwas später, aber seither auch ohne Unterbruch stellen mindestens 1 Frau im Nationalrat *POCH/Grüne* (seit 1979), der *LdU* (seit 1983) und die *SVP* (seit 1987). Während nur je einer Legislaturperiode waren mit 1 Frau die *LPS* (1975 und 1991) und die *PdA* (1971) in der grossen Kammer vertreten. Noch nie seit der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts wurde eine Frau von der *EVP, den nationalistischen Rechtsparteien oder der AP* in den Nationalrat delegiert.

Auf der Ebene der Wahlerfolge der Frauen sehen wir – in verstärkter Form – dieselbe Entwicklung wie bei den Kandidatinnen. *Bei den ersten Wahlen 1971 scheinen die Frauen auf der Liste keiner Partei besonders erfolgreich gewesen zu sein: Die 10 bei den Nationalratswahlen 1971 gewählten Frauen verteilen sich je zu gleichen Teilen auf die drei grossen Parteien FDP, CVP und SPS (die 10. Frau gehörte der PdA an). In den achtziger Jahren erhält die Frauenvertretung im Nationalrat dieselben parteipolitischen Konturen wie bei den Kandidatinnen: 55–60% aller Frauen im Nationalrat kommen aus den Reihen von SPS und POCH/Grüne; diese Dominanz der Frauen aus den rot-grünen Parteien wiegt umso mehr, als diese Parteien nur 26–28% aller Sitze innehaben.*

Diese Entwicklung zur parteipolitischen Strukturierung der Frauenrepräsentation kann mit folgender These erklärt werden. In den siebziger Jahren drängten die Kämpferinnen für das Frauenstimm- und -wahlrecht in die grossen politischen Parteien und wurden auf deren Listen auch gewählt. In den achtziger Jahren, als sich diese «Nationalrätinnen der ersten Stunde» nach und nach aus Altersgründen zurückzogen, verpassten es die bürgerlichen Parteien, diese durch junge Frauen zu ersetzen. Die neue Frauengeneration, welche in den achtziger Jahren in die nationale Politik drängte, gehörte der «68er»-Generation an und wurde in der «Neuen Frauenbewegung» politisch sozialisiert. Diese Frauen fanden ihre politische Heimat hauptsächlich bei der *POCH/Grüne* und bei *SPS*.

a) *Die gewählten Frauen nach Parteien: Total der gewählten Frauen = 100%*

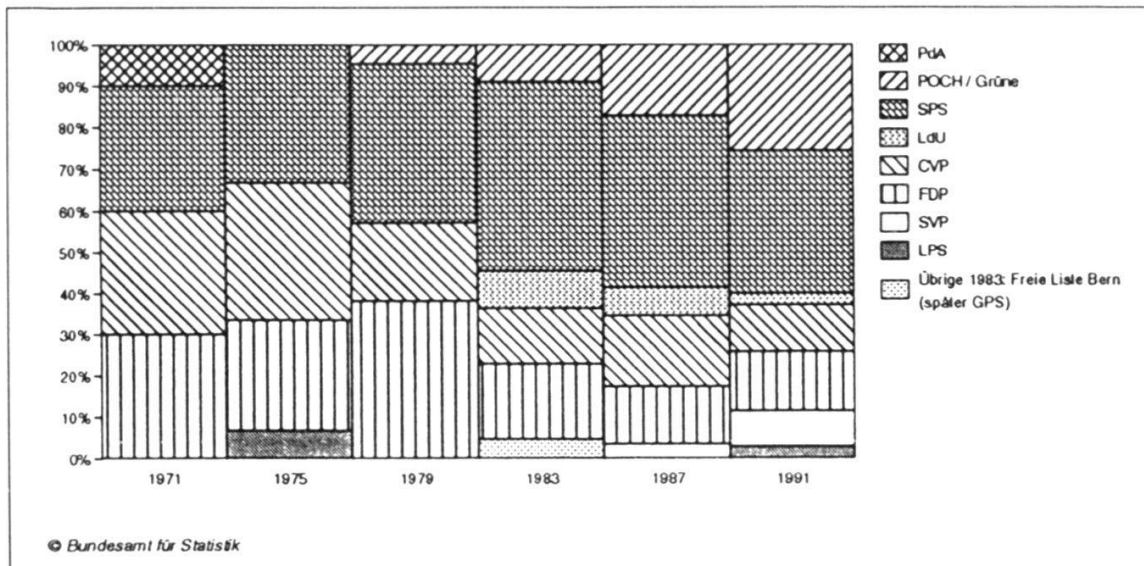
Seit 1971 stammen 69–95% aller gewählten Frauen aus den Reihen der drei grossen Bundesratsparteien FDP, CVP, SPS. Differenzieren wir zwischen SPS und FDP/CVP, so stellen wir eine deutliche Zäsur zwischen den siebziger und den achtziger Jahren fest: In den siebziger Jahren gehörten rund 60% aller gewählten Frauen der FDP bzw. der CVP an, in den achtziger Jahren sinkt der Anteil dieser beiden Parteien zusammen auf 30%. Dagegen steigerte die SPS ihren Anteil am Total der Frauen kontinuierlich von 30% (1971) auf über 40% in den achtziger Jahren.

Betrachten wir die bürgerlichen Bundesratsparteien gesondert, stellen wir folgende Unterschiede fest: Die Frauen der FDP waren bis 1979 absolut und anteilmässig im Aufschwung: Die 8 FDP-Nationalrätinnen machten 1979 38% aller Frauen im Nationalrat aus (damit hatte die FDP übrigens Gleichstand mit der SPS). 1983 halbierte sich die Zahl der Frauen bei der FDP und steigerte sich seither nur wenig (bis 1991 auf 5 Frauen bzw. 14% aller Nationalrätinnen). Bei der CVP erfolgt der Rückgang der Zahl der gewählten Frauen bereits 1979 (auf 19%); ab 1983 bewegte sich der Anteil der CVP-Frauen am Total der Nationalrätinnen zwischen 11 und 17%. Ein «frauenpolitischer Spätzünder» ist die SVP, welche ihre erste Frau 1987 in den Nationalrat brachte. Mit den 3 Frauen, welche seit 1991 im Nationalrat sind, stellt die SVP nicht einmal 10% aller Nationalrätinnen. 1991 war die Frauendelegation der drei bürgerlichen Bundesratsparteien (FDP, CVP und SVP) zusammen gleich gross wie jene der SPS allein (12); zum Vergleich die Sitzverhältnisse im Nationalrat 1991: Die bürgerlichen Bundesratsparteien hatten 105 Sitze inne, die SPS 41.

Den jeweils grössten Anteil an den gewählten Frauen verzeichnete bei den Nationalratswahlen 1971–1991 die SPS: Aus ihren Reihen stammten zwischen 30% (1971) und 45.5% (1983) aller gewählten Frauen. Von 1971 bis 1983 stieg der Anteil der SPS-Frauen kontinuierlich an, nach 1983 begann ihr Anteil zu sinken, vor allem wegen der Konkurrenz, die ihnen durch die Frauen der Grünen erwuchs: POCH/Grüne wurden vor allem ab den achtziger Jahren zu einem immer bedeutenderen Faktor für die Verbesserung der Frauenrepräsentation; seit 1987 stellen sie am zweitmeisten Frauen im Nationalrat, obwohl sie nur die fünftgrösste Fraktion haben. Nehmen wir SPS und POCH/Grüne zusammen, so stammen seit 1983 55–60% aller Frauen im Nationalrat aus ihren Reihen. Noch nie wurde eine Frau auf den Listen der Rechtsparteien und der EVP in den Nationalrat gewählt.

b) *Die gewählten Frauen nach Parteien: Total der Gewählten pro Partei = 100%*

Die oben dargestellte Entwicklung der Bemühungen um die Verbesserung der Frauenrepräsentation von einem diffusen zu einem parteipolitisch strukturierten Anliegen zeigt sich noch deutlicher anhand der Anteile der gewählten Frauen innerhalb der einzelnen Parteien. Bei den Nationalratswahlen 1971 machten die Frauen unter den Gewählten der drei grossen Bundesratsparteien FDP, CVP und SPS gleichermassen 6–7% aus. Darauf setzte eine unterschiedliche Entwicklung ein, in welcher sich deutlich das «links-rechts»-Schema spiegelt: Bei den bürger-



G 1 Die gewählten Frauen bei den Nationalratswahlen 1971–1991 nach Parteien  
(Total der gewählten Frauen = 100%)

lichen Bundesratsparteien CVP und FDP kam die Steigerung des Frauenanteils bald zum Stillstand, gar zum Rückgang, während sich die Frauenrepräsentation bei der SPS kontinuierlich verbesserte.

Die Frauenanteile bei CVP und FDP erreichten ihre höchsten Werte noch in den siebziger Jahren: Bei der *CVP* war dies bereits 1975 der Fall (mit 10.9%), bei der *FDP* 1979 (15.7%). 1983 sanken die Anteile der gewählten Frauen bei beiden Parteien auf rund 7%; bis 1991 bewegten sie sich zwischen 7% und 11%. In etwa dieselbe Grössenordnung kam 1991 der Frauenanteil der *SVP*, die 1987 ihre erste Frau in den Nationalrat brachte, zu liegen. Demgegenüber wuchs der Frauenanteil bei der *SPS* kontinuierlich bis 1987 (auf 29.3%); auf diesem Niveau stagnierte er 1991. Am stärksten sind die gewählten Frauen bei *POCH/Grüne* vertreten: Von 1979 bis 1987 machten sie rund einen Drittel aus, 1991 erreichten die Frauen unter den gewählten Grünen gar die Mehrheit. Beim *LdU* liegen die Frauenanteile seit 1983 zwischen 20 und 25%.

## 2. Die gewählten Frauen nach Kantonen

Permanent seit 1971 mit mindestens 1 Frau in der grossen Kammer vertreten sind drei Kantone: *Zürich, Luzern und St. Gallen*. Dagegen wurde noch nie eine Nationalrätin in den *Majorzkantonen* (UR, OW, NW, GL und AI) sowie in *Zug, Appenzell Ausserrhoden und Graubünden* gewählt.

|                     | 1971 | 1975 | 1979 | 1983 | 1987 | 1991 |
|---------------------|------|------|------|------|------|------|
| FDP                 | 6,1  | 8,5  | 15,7 | 7,4  | 7,8  | 11,4 |
| CVP                 | 6,8  | 10,9 | 9,1  | 7,1  | 11,9 | 11,1 |
| SPS                 | 6,5  | 9,1  | 15,7 | 21,3 | 29,3 | 29,3 |
| SVP                 | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 4,0  | 12,0 |
| LPS                 | 0,0  | 16,7 | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 10,0 |
| LdU                 | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 25,0 | 25,0 | 20,0 |
| EVP                 | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  |
| PdA                 | 20,0 | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  |
| POCH / Grüne        | 0,0  | 0,0  | 33,3 | 33,3 | 38,5 | 60,0 |
| nat. Rechtsparteien | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  |
| AP                  | -    | -    | -    | -    | 0,0  | 0,0  |
| Übrige*             | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 33,3 | 0,0  | 0,0  |
| Total               | 5,0  | 7,5  | 10,5 | 11,0 | 14,5 | 17,5 |

\* Übrige 1983: Freie Liste Bern (später GPS)

Tabella 2: Anteil der gewählten Frauen bei den Nationalratswahlen 1971–1991  
(Gewählte pro Partei = 100%)

#### a) Die gewählten Frauen nach Sprachregionen

Untersuchen wir die gewählten Frauen nach Sprachregionen, das heisst nach den zu Sprachgruppen zusammengefassten Kantonen, so bestätigt sich die obige Feststellung im Zusammenhang mit den Kandidatinnen sogar noch in leicht verstärkter Form: *Bis 1983 waren die Anteile der gewählten Frauen in den französischsprachigen Kantonen grösser, ab 1983 in den deutschsprachigen Kantonen.*

Bei den Nationalratswahlen 1971 machten die gewählten Frauen in der Romandie 8.9% aus, in der Deutschschweiz war der entsprechende Anteil weniger als halb so gross (4.1%); 1983 betrug der entsprechende Wert 12.5% und 11.1%. Bei den folgenden Wahlen sank der Anteil der gewählten Frauen in der Romandie auf 8.3%, während er in der Deutschschweiz auf 21.5% anstieg. Der Frauenanteil von 8.3% (1991) ist übrigens der tiefste Wert in den französischsprachigen Kantonen seit der Einführung des eidg. Frauenwahlrechts (vgl. auch unten Grafik 3).

#### b) Die gewählten Frauen nach Wahlkreisgrösse

In diesem Abschnitt soll die These von Ballmer-Cao betreffend den «frauenfreundlichen» Einfluss der Wahlkreisgrösse, welche oben bereits im Zusammenhang mit den Kandidatinnenanteilen diskutiert wurde, noch anhand der gewählten Frauen

überprüft werden. Bei der Suche nach einem statistischen Zusammenhang zwischen dem Anteil der gewählten Frauen pro Kanton und der Anzahl Mandate, die im jeweiligen Kanton zu vergeben sind, errechnen wir erneut den Pearson'schen Korrelationskoeffizienten. Dieser beträgt für die Nationalratswahlen 1971 0.0163, für die Nationalratswahlen 1975–1983 bewegt er sich zwischen 0.1633 und 0.2266 und für die jüngsten beiden Wahlen erreicht er seine Höchstwerte von 0.3414 bzw. 0.4119.<sup>8</sup> Diese Werte sind alle kleiner als jene der Korrelation zwischen Wahlkreisgrösse und Kandidatinnenanteil. Ein genereller Zusammenhang zwischen der Wahlkreisgrösse und dem Anteil der gewählten Frauen kann daher so nicht behauptet werden; höchstens für die Wahlen von 1987 und 1991 kann ein – allerdings schwacher – statistischer Zusammenhang festgestellt werden.

Konkretisieren wir diese Zusammenhänge, indem wir die Kantone – wie oben bei den Kandidatinnen – zu vier Gruppen zusammenziehen, so kann folgendes festgehalten werden: Die Anteile der gewählten Frauen bewegen sich in der *Gruppe der Kantone mit 2–3 Mandaten* zwischen 9.1 % und 18.2 %. Die Kantone Zug und Appenzell Ausserrrhoden sind dabei seit 1971 ohne weibliche Vertretung, die anderen drei Kantone dieser Gruppe delegierten während einer (JU), bzw. während zwei (SH) oder vier (SZ) Legislaturperioden je 1 Frau in die grosse Kammer. In der Gruppe mit 5–9 Mandaten liegen die Anteile der gewählten Frauen zwischen 6 % und 13.6 %. In dieser Gruppe befindet sich einerseits der Kanton Luzern, der zu den drei Kantonen gehört, die seit 1971 immer eine Frau nach Bern sandten, und andererseits der Kanton Graubünden, der bisher noch nie durch eine Frau vertreten war. Zählen wir die Gewählten der 10 Kantone dieser Gruppe zusammen, erhalten wir Frauenanteile, welche in den siebziger Jahren die höchsten von allen Gruppen waren, in den achtziger Jahren und 1991 lagen die Anteile der gewählten Frauen jeweils an zweiter oder dritter Stelle.

Damit ist implizit auch schon etwas über die beiden *Gruppen mit 11–16 bzw. 29–35 Mandaten* ausgesagt: In den siebziger Jahren liegen hier – mit einer Ausnahme (1979: Gruppe mit 11–16 Mandaten) – die Anteile der gewählten Frauen unter 10 %. Die These vom günstigen Einfluss der steigenden Wahlkreisgrösse auf die Frauenrepräsentation bestätigt sich jedoch bei den Wahlen seit den achtziger Jahren und vor allem bei den Kantonen der Gruppe mit 29–35 Mandaten: Hier findet ein rasanter Anstieg der Frauenanteile statt (1983: 14.1 %; 1987: 20.3 %; 1991: 25 %), nachdem sich die Anteile in den siebziger Jahren noch zwischen 4.5 % und 9.4 % bewegt hatten.

Die These von Ballmer-Cao betreffend den günstigen Einfluss der steigenden Wahlkreisgrösse auf die Frauenrepräsentation kann aufgrund der bisherigen Ausführungen wie folgt eingeschätzt werden: *Sie gilt erstens eher für die Kandidatinnen als für die gewählten Frauen und zweitens eher für die jüngeren Wahlen – am ehesten für 1991 – und nicht für jene der siebziger Jahre. Bei der Interpretation dieser These ist ferner auch die Beziehung zwischen der Wahlkreisgrösse und der Entwicklung der*

<sup>8</sup> Die genauen Werte sind: Nationalratswahlen 1971: 0.0163, Nationalratswahlen 1975: 0.1647, Nationalratswahlen 1979: 0.2266, Nationalratswahlen 1983: 0.1633, Nationalratswahlen 1987: 0.3414, Nationalratswahlen 1991: 0.4119 (Pearson'scher Korrelationskoeffizient).

*Parteienlandschaft zu berücksichtigen: In den Wahlen ab den achtziger Jahren, als die Frauen besonders in den grossen Wahlkreisen vermehrt gewählt wurden, geschah dies vor allem auf den Listen der linken und grünen Parteien; und diese linken und grünen Parteien sind besonders in den grossen Wahlkreisen verankert (Bundesamt für Statistik 1991; Bundesamt für Statistik 1993).*

#### *Zwischenfazit*

- Seit den Nationalratswahlen 1971 stieg der Anteil der gewählten Frauen kontinuierlich und gemächlich von 5% auf 17.5%. Die Steigerung erfolgte vor allem in den achtziger Jahren, als die Frauen auf den Listen der linken und grünen Parteien deutlich grössere Erfolge feiern konnten als auf denjenigen der bürgerlichen und rechten Parteien. Dies bewirkte, dass die Frauenrepräsentation im Nationalrat seit den achtziger Jahren deutlich parteipolitisch strukturiert ist. Seit 1983 stammen 55–60% aller gewählten Frauen aus den Reihen von SPS und POCH/Grüne, obwohl diese im Nationalrat zusammen nur 26–28% aller Sitze innehaben.*
- In bezug auf die Verteilung der gewählten Frauen nach Sprachregionen stellen wir – noch stärker als bei den Kandidatinnen – eine deutliche Verschiebung von der Romandie in die Deutschschweiz fest: 1971 war der Anteil der gewählten Frauen in den französischsprachigen Kantonen doppelt so gross wie in den deutschsprachigen Kantonen. Ab 1983 ging der Anteil der gewählten Frauen in der Romandie derart zurück, dass er 1991 sogar kleiner war als 1971. Demgegenüber überragte 1991 der Frauenanteil in der Deutschschweiz jenen der Romandie um das 2½-fache.*
- Der statistische Zusammenhang zwischen der Wahlkreisgrösse und der Grösse des Anteils der gewählten Frauen ist kleiner als der Zusammenhang zwischen der Wahlkreisgrösse und dem Anteil der Kandidatinnen. Zur These vom «günstigen Einfluss der steigenden Wahlkreisgrösse auf die Frauenrepräsentation» kann festgehalten werden, dass sie erstens eher für die Kandidatinnen gilt als für die gewählten Frauen und zweitens eher für die jüngeren Wahlen – am ehesten für 1991 – und nicht für jene der siebziger Jahre. Zur Erklärung dieser These ist ferner darauf hinzuweisen, dass erstens die linken und grünen Parteien in den grossen Wahlkreisen besonders stark sind und dass es zweitens gerade diese Parteien sind, auf deren Listen ab den achtziger Jahren überdurchschnittlich viele Frauen kandidierten und auch gewählt wurden.*

### **III. Der Wahlerfolg (Wahlquote) der Frauen bei den Nationalratswahlen 1971–1991**

Der Erfolg einer Frauenkandidatur bei Parlamentswahlen kann unter drei Aspekten gewertet werden: 1. Eine Frauenkandidatur ist erfolgreich, wenn die Kandidatin gewählt wird. 2. Als Erfolg gilt bereits ein «gutes Ergebnis» das heisst eine überdurchschnittliche Zahl von erhaltenen Stimmen; ein solches kann bedeuten, dass die Kandidatin ev. während der Legislaturperiode ins Parlament «nachrutschen» kann, sicher aber hat sie sich für die nächsten Wahlen für einen guten Platz

auf der Liste empfohlen. 3. Wahlen können auch als Forum benutzt werden, um parteiintern oder parteiextern eine «Drittwirkung» zugunsten von frauenspezifischen Forderungen zu erzielen. Die folgenden Ausführungen widmen sich dem ersten Punkt.

Eine Möglichkeit, den Wahlerfolg – oder besser: die Wahlchance – der Frauen darzustellen, besteht darin, die Kandidatinnenanteile auf den Wahllisten mit den Anteilen der gewählten Frauen zu vergleichen. Der Indikator dafür ist die *Wahlquote*<sup>9</sup>.

Die Wahlquote für die Frauen wird wie folgt berechnet:

$$\text{Frauen-Wahlquote} = \frac{\text{Anteil der gewählten Frauen}}{\text{Anteil der kandidierenden Frauen}}$$

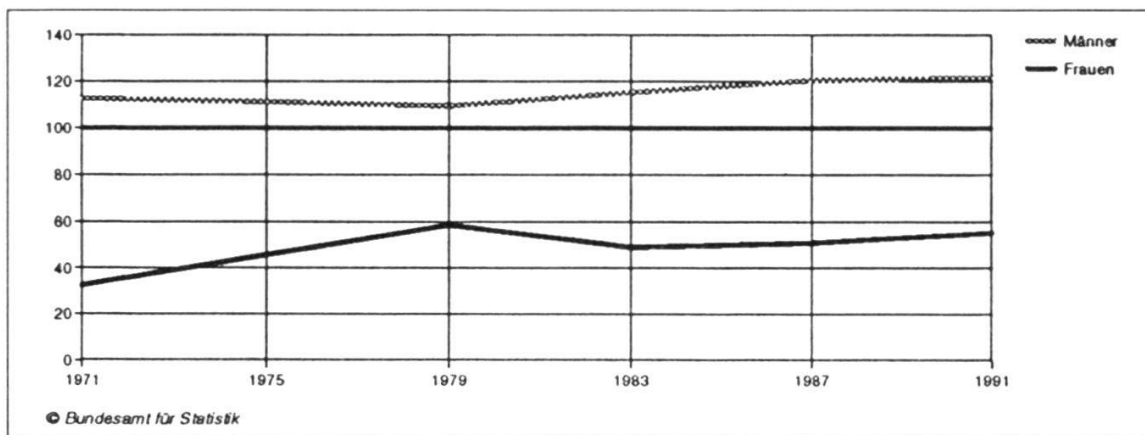
Eine kleine Wahlquote verweist also darauf, dass von den Kandidatinnen relativ viele leer ausgingen, eine grosse Wahlquote wiederum bedeutet, dass von den Kandidatinnen relativ viele gewählt wurden. Werden von wenigen Kandidatinnen wenige gewählt, so ist die Wahlquote grösser, als wenn von vielen Kandidatinnen ebenfalls wenige gewählt werden.

In den folgenden Illustrationen (Grafik 2 und Texttabelle 3) werden die Wahlquoten der Kandidatinnen und Kandidaten bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991 dargestellt; als Bezugspunkt fungiert dabei Wahlquote = 100, welche die für Kandidatinnen und Kandidaten gleich grosse Wahlchance markiert. Wahlquote 100 bei Kandidatinnen und Kandidaten bedeutet nicht, dass gleich viele Frauen und Männer gewählt wurden, sondern dass die Anteile bei den Kandidierenden und den Gewählten gleich gross sind, dass also bspw. die Frauen, die auf der Wahlliste 30% aller Kandidierenden stellen, unter den Gewählten ebenfalls 30% ausmachen, und dass die Männer mit einem Kandidatenanteil auf den Listen von 70%, unter den Gewählten ebenfalls 70% erreichen. Dagegen bedeutet bspw. eine Wahlquote von 50 Punkten für die Kandidatinnen, dass die Wahlchancen der Kandidatinnen nur halb so gross waren wie der Durchschnitt aller Kandidaturen, eine Wahlquote für die Kandidaten von 120 Punkten wiederum bedeutet eine um 20 Punkte über dem Durchschnitt liegende Wahlchance.

Auf den ersten Blick fällt in Grafik 2 die ausgeprägte *Konstanz der Wahlquoten* bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991 auf: Die Wahlquote der Frauen bewegt sich in diesen zwanzig Jahren zwischen 32 und 58 Punkten, jene der Männer zwischen 109 und 122 Punkten. *Trotz der oben aufgezeigten Tendenz zur Verbesserung der Frauenrepräsentation sind die Wahlchancen der Frauen in dieser Zeit kaum gestiegen; sie sind rund 2½-mal kleiner als jene der Männer.*

Bei der Entwicklung der Wahlquote können zwei Phasen unterschieden werden: Von 1971 bis 1979 stieg die Wahlquote der Kandidatinnen kontinuierlich von 32 auf 58 Punkte, während jene der Kandidaten leicht zurückging (von 113 auf 109 Punkte). Nach 1979 erfolgte eine Zäsur: Die Wahlquote der Frauen sank 1983 auf 49 Punkte; seither stieg sie zwar wieder leicht an, erreichte aber den Stand von 1979

<sup>9</sup> Damit sich die Wahlquote auf eine einheitliche Basis bezieht, werden nur die Gewählten der Proporzkantone berücksichtigt (es gibt ja keine Kandidaturen in den Majorzkan-tonen).



G2 Wahlquote bei den Nationalratswahlen 1971–1991, nach Geschlecht

nicht mehr. Bei den Männern ist seit 1983 ebenfalls ein Anstieg der Wahlquote zu verzeichnen, wobei sie 1991 gar mit 122 Punkten auf eine neue Höchstmarke kletterte.

### 1. Die Wahlquote der Frauen nach Parteien

Zur Erklärung des *Einbruchs der Frauen-Wahlquote von 1983* kann an die beiden ersten Kapitel dieses Aufsatzes angeknüpft werden: In den siebziger Jahren trugen auch die bürgerlichen Bundesratsparteien *FDP und CVP* dazu bei, die Repräsentation der Frauen im Nationalrat zu verbessern; in den achtziger Jahren überliessen sie diese Aufgabe weitgehend den linken und grünen Parteien.

Bei der Wahlquote äussert sich dies u. a. darin, dass die Frauen auf den Listen von *FDP und CVP* 1975 und 1979 hohe Wahlquoten-Werte erzielten; 1979 war die Wahlquote der *FDP-Frauen* mit 102 Punkten sogar grösser als jene der *FDP-Männer*. 1983 erfolgte bei den Wahlquoten der Frauen von *FDP und CVP* ein Einbruch auf unter 50 Punkte (Ausnahme: *CVP* 1987); seither waren die Wahlchancen der Frauen auf den Listen der *CVP und FDP* fast 3mal kleiner als jene der Männer. Diese *tiefen Wahlquoten der Frauen von FDP und CVP* dürften der Hauptgrund für die gesamtschweizerische *Zäsur von 1983* und für die seither anhaltend tiefe Quote der Frauen sein. Dies vermochten gesamtschweizerisch auch die relativ hohen Wahlquoten von *SPS und POCH/Grüne* nicht wettzumachen.

Doch auch die relativ hohen Wahlquoten der rot-grünen Parteien bedürfen – gerade für *die achtziger Jahre und teilweise auch noch für 1991* – einer Differenzierung und Relativierung: Sowohl bei *SPS wie beim LdU* sanken ab 1983 die Wahlchancen der Frauen kontinuierlich, während jene der Männer anstiegen. Bei der *SPS* ging die Frauenwahlquote seit 1983 um runde 20 Punkte zurück (Männer: + 23 Punkte) und beim *LdU* um fast 50 Punkte (Männer: + 31 Punkte). So kam es, dass die *SPS-Frauen*, deren Wahlchance 1983 nur wenig kleiner war als jene der *SPS-Männer*, 1991 nur noch eine halb so gross Wahlchance hatten wie die Männer.



Beim LdU war die Differenz noch grösser – dabei war die Wahlchance von Männern und Frauen 1983 noch fast gleich gross gewesen.

Derselbe Sachverhalt zeigt sich auch bei *POCH/Grüne*: Die Wahlquoten der Frauen sanken, und jene der Männer stiegen; allerdings nur von den Nationalratswahlen 1979 bis 1987 (Frauen: rund –10 Punkte, Männer: + 12 Punkte). Dieser negative Trend konnte jedoch 1991 umgekehrt werden: Die Wahlquote der Frauen kletterte auf 108 Punkte (und jene der Männer sank auf 90 Punkte).

Der allgemeine Rückgang der Wahlquote der Frauen – namentlich im Vergleich zur Wahlquote der Männer – bei fast allen Parteien ist Ausdruck dafür, dass der Anteil der Frauen, die sich um ein Mandat im Nationalrat bewarben, seit den achtziger Jahren stärker angestiegen ist als der Anteil derjenigen Frauen, die einen Sitz errangen. *Der Engpass der Frauen auf dem Weg in den Nationalrat liegt daher seit 1983 nicht mehr nur auf der Ebene der Selektion als Kandidatinnen, sondern auch und immer mehr auf jener der Wahl.*

## 2. Die Wahlquote der Frauen nach Sprachregion

Die Wahlquoten der Frauen nach Sprachregionen bestätigen nochmals die Ausführungen der beiden ersten Kapitel.

Bis 1983 waren die Wahlquoten der Frauen in den *französischsprachigen Kantonen* mehrheitlich grösser als in den deutschsprachigen Kantonen; sie bewegten sich zwischen 46 und 68 Punkten. Am höchsten war die Frauen-Wahlquote in der Romandie bei den Nationalratswahlen 1979 (68 Punkte). Seither verkleinert sie sich laufend; 1991 erreichte sie noch 28 Punkte.

Gerade umgekehrt verlief die Entwicklung in den *deutschsprachigen Kantonen*: Bei den Nationalratswahlen 1971 betrug die Wahlquote der Frauen 27 Punkte, 1979 überschritt sie die 50-Punkte-Grenze und 1991 erreichte sie 67 Punkte.

Ein Vergleich mit den entsprechenden Wahlquoten der Männer unterstreicht diese gegenläufigen Entwicklungen in den beiden Sprachregionen: In der *Romandie* war die Frauenwahlquote 1971 gut 2mal kleiner, 1991 fast 5mal kleiner als die Wahlquote der Männer. In der *deutschen Schweiz* war die Wahlquote der Frauen 1971 mehr als 4mal kleiner als jene der Männer, 1991 waren die Frauen nur noch knapp halb so erfolgreich wie die Männer.

### Zwischenfazit

- *Trotz der Tendenz zur Verbesserung der Frauenrepräsentation ist die Wahlquote für Männer wie für Frauen bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991 ausgesprochen konstant: Die Wahlchancen sind in dieser Zeit für die Frauen rund 2½-mal schlechter als für die Männer.*
- *Die Frauenwahlquoten sind seit 1983 – namentlich im Vergleich zur Männerwahlquote – nicht nur bei den bürgerlichen und rechten Parteien rückläufig, sondern auch bei der SPS und beim LdU. Dieses Phänomen kann damit erklärt werden, dass der Anteil der Frauen, die sich um ein Mandat im Nationalrat bewarben, seit*

| Frauen-Wahlquote    | 1971  | 1975 | 1979  | 1983 | 1987 | 1991  |
|---------------------|-------|------|-------|------|------|-------|
| FDP                 | 37,9  | 66,7 | 102,2 | 46,9 | 39,0 | 43,1  |
| CVP                 | 45,1  | 82,8 | 84,3  | 48,5 | 61,4 | 43,7  |
| SPS                 | 45,7  | 49,7 | 81,0  | 85,1 | 77,8 | 66,2  |
| SVP                 | 0,0   | 0,0  | 0,0   | 0,0  | 27,3 | 71,1  |
| LPS                 | 0,0   | 83,3 | 0,0   | 0,0  | 0,0  | 31,8  |
| LdU                 | 0,0   | 0,0  | 0,0   | 99,2 | 70,0 | 51,3  |
| EVP                 | 0,0   | 0,0  | 0,0   | 0,0  | 0,0  | 0,0   |
| PdA                 | 120,0 | 0,0  | 0,0   | 0,0  | 0,0  | 0,0   |
| POCH / Grüne        | 0,0   | 0,0  | 87,6  | 82,6 | 78,8 | 108,2 |
| nat. Rechtsparteien | 0,0   | 0,0  | 0,0   | 0,0  | 0,0  | 0,0   |
| AP                  | -     | -    | -     | -    | 0,0  | 0,0   |
| Total               | 32,4  | 45,5 | 58,4  | 48,9 | 50,7 | 55,1  |

| Männer-Wahlquote    | 1971  | 1975  | 1979  | 1983  | 1987  | 1991  |
|---------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| FDP                 | 112,3 | 105,0 | 99,6  | 110,2 | 115,8 | 121,0 |
| CVP                 | 110,6 | 102,8 | 102,1 | 109,7 | 110,2 | 121,6 |
| SPS                 | 109,3 | 111,5 | 104,6 | 105,0 | 113,4 | 128,0 |
| SVP                 | 116,2 | 115,1 | 115,3 | 110,7 | 113,1 | 105,9 |
| LPS                 | 122,2 | 104,2 | 121,4 | 126,9 | 126,9 | 131,3 |
| LdU                 | 121,8 | 121,1 | 126,2 | 100,3 | 116,7 | 131,2 |
| EVP                 | 121,1 | 122,5 | 119,2 | 123,3 | 133,3 | 141,3 |
| PdA                 | 96,0  | 125,3 | 142,9 | 150,0 | 175,0 | 189,5 |
| POCH / Grüne        | 0,0   | 0,0   | 107,6 | 111,8 | 120,3 | 89,8  |
| nat. Rechtsparteien | 113,8 | 111,0 | 114,4 | 125,9 | 125,6 | 138,7 |
| AP                  | -     | -     | -     | -     | 118,7 | 107,8 |
| Total               | 112,7 | 111,1 | 109,4 | 115,3 | 120,5 | 121,7 |

**Erläuterung:**

Die Wahlquote drückt das Verhältnis des Anteils der Kandidierenden zum Anteil der Gewählten aus und sagt nichts aus über die effektive Zahl der Gewählten. Je näher die Wahlquote bei 100, desto ähnlicher sind die Werte des Anteils der Kandidierenden und des Anteils der Gewählten. Mit der Wahlquote 71.1 der SVP-Frauen von 1991 z.B. kommt das Verhältnis des Kandidatinnenanteils von 16,9% und des Anteils der gewählten Frauen von 12% zum Ausdruck, in jener der SPS-Frauen von 66,2 ein Kandidatinnenanteil von 45,3% und ein Anteil der gewählten Frauen von 30% (ohne Majorzkantone).

*Tabelle 3: Wahlquoten bei den Nationalratswahlen 1971–1991, nach Geschlecht*

*den achtziger Jahren stärker angestiegen ist als der Anteil derjenigen Frauen, die einen Sitz errangen. Der Engpass der Frauen auf dem Weg in den Nationalrat liegt daher seit 1983 nicht mehr nur auf der Ebene der Selektion als Kandidatinnen, sondern auch und immer mehr auf jener der Wahl.*

#### **IV. Die gewählten Frauen bei den Nationalratswahlen im Vergleich mit den gewählten Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente**

In diesem Kapitel werden die oben gemachten Feststellungen betreffend die parteipolitische und sprachregionale Verteilung der gewählten Frauen mit den Ergebnissen der kantonalen Wahlen verglichen. Texttabelle 4 basiert auf dem gesamtschweizerischen Zusammenschluss der nach Geschlecht und Parteien differenzierten Sitzverteilung in den kantonalen Parlamenten (die Daten stammen aus Forschungszentrum: 1968ff.). Als zeitliche Bezugspunkte fungieren die jeweiligen Daten der Nationalratswahlen; diesen wurden die Ergebnisse jener kantonalen Wahlen zugeordnet, welche in den vier Jahren vor diesen Nationalratswahlen stattfanden. Mit Ausnahme der Ergebnisse von 1968/71, wo nur die Kantone mit Frauenstimmrecht berücksichtigt wurden<sup>10</sup>, und der angebrochenen Periode 1992/94, welche nur 14 kantonale Wahlen umfasst<sup>11</sup>, basieren diese Ergebnisse auf je rund 2'900 Parlamentsmandaten (bis 1992/94 ohne die beiden Appenzell).

Auf den ersten Blick stellen wir in den beiden Darstellungen zwischen den Frauenanteilen in den kantonalen Parlamenten und im Nationalrat zwei Unterschiede fest: Die Entwicklungskurve der Frauenanteile ist in den kantonalen Parlamenten ausgeglichener, und die Frauenanteile sind bei den kleinen Parteien auf kantonaler Ebene bedeutend grösser als im Nationalrat. Der Grund für diese beiden Unterschiede liegt in der Grösse des Bezugskörpers: Das Total der Sitze in den kantonalen Parlamenten übersteigt jenes des Nationalrates um das 14fache. Dies hat zur Folge, dass starke Abweichungen in der Entwicklungskurve – wie etwa jener bei der FDP 1979 im Nationalrat – verhindert werden. Weiter senkt die grössere Zahl der zu vergebenden Mandate die Hürde für den Eintritt in die kantonalen Parlamente, was besonders den *kleinen Parteien – und besonders auch deren Kandidatinnen – zugute kommt*; dies zeigt sich etwa bei der EVP und der PdA, welche im Nationalrat – abgesehen von der PdA 1971 – noch nie mit einer Frau vertreten waren, in den kantonalen Parlamenten jedoch mit Anteilen, welche im Durchschnitt bei 17% bzw. 18% liegen. Damit ist auch der wesentliche Unterschied zwischen den Frauenanteilen in den kantonalen Parlamenten und im Nationalrat angesprochen: *Kleine Parteien, welche in den kantonalen Parlamenten durchaus überdurchschnittliche Frauenanteile aufweisen, sind im Nationalrat kaum oder gar nicht mit Frauen vertreten; demgegenüber entsprechen sich die Frauenanteile der*

10 Vor 1971 bestand das Frauenstimm- und -wahlrecht in folgenden 9 Kantonen: VD, NE, GE, BS, BL, TI, VS, LU und ZH (Reihenfolge gemäss Einführungsdatum des Frauenstimmrechts).

11 Die Periode 1992/94 umfasst folgende kantonale Wahlen: UR, SZ, BS, SH, SG, TG (alle 1992), GE, SO, VS, NE, AG (alle 1993), VD, NW, OW (alle 1994).

*grossen Parteien (FDP, CVP, SPS und SVP) in den kantonalen Parlamenten und im Nationalrat weitgehend.*

Bei einem Vergleich der *Entwicklung der Frauenanteile* im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten stellen wir – unter Ausklammerung der kantonalen Wahlen von 1968/71, welche nur die 9 Kantone mit Frauenstimmrecht umfassen – zwischen den Totalwerten der Frauenanteile in den beiden Parlamenten eine sehr grosse Übereinstimmung fest. Die Werte in den kantonalen Parlamenten von 1972/75 bis 1988/91 liegen nur gerade 0.8 bis 2.2 Prozentpunkte unter den entsprechenden Werten des Nationalrats. Ziehen wir in Betracht, dass die Ergebnisse der kantonalen Wahlen denjenigen der Nationalratswahlen zeitlich vorausgehen, und dass die Werte der Frauenanteile tendenziell steigend sind, so darf die Übereinstimmung als noch grösser angenommen werden.

Gestützt auf die grosse Ähnlichkeit der Entwicklung der Frauenanteile im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten kann der starke Zuwachs der Frauenvertretung in den Kantonen in der Periode von 1992/94 um 7 Prozentpunkte auf 22.5% als Hinweis interpretiert werden, dass bei den Nationalratswahlen 1995 der Frauenanteil weiter und verstärkt wachsen wird.

### **1. Die gewählten Frauen nach Parteien**

Beim Vergleich der parteipolitischen Verteilung der Frauenanteile in den kantonalen Parlamenten mit jener im Nationalrat stellen wir *dieselbe parteipolitische Polarisierung der «Frauenfrage»* fest: Die weitaus grössten Frauenanteile finden sich bei den grünen und linken Parteien. Interessant ist dabei, dass die Trennlinie zwischen jener Gruppe von Parteien, die einen überdurchschnittlichen Frauenanteil in ihrer Parlamentsdelegation aufweisen, und jenen mit geringen Frauenanteilen ausserordentlich konstant ist: *Bei sämtlichen Wahlen von 1968/71 bis 1992/94 liegen die Anteile der gewählten Frauen bei den bürgerlichen Bundesratsparteien (FDP, CVP und SVP), den nationalistischen Rechtsparteien und der AP unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Permanent über dem Durchschnitt liegen dagegen – wie bei den Nationalratswahlen – die Frauenanteile bei den linken und grünen Parteien und beim LdU; anders als bei den Nationalratswahlen verzeichnen auch die LPS, die EVP (letztere ausgenommen allerdings 1992/94) und die PdA überdurchschnittlich viele gewählte Frauen.* Bei diesen drei Parteien dürfte die Differenz zum Nationalrat weitgehend mit dem Effekt der unterschiedlichen Wahlhürde zu erklären sein.

Rangieren wir die einzelnen Parteien in bezug auf die Grösse der Frauenanteile, so erhalten wir ähnliche Resultate wie bei den Nationalratswahlen: Die grössten Frauenanteile verzeichnen seit 1968/71 POCH/Grüne und die kommunistische PdA. Die drittgrössten Frauenanteile finden sich mehrheitlich bei LdU oder EVP, während die SPS meistens den vierten oder fünften Platz belegt. Die LPS liegt – ausgenommen 1968/71 und 1972/75, als sie die zweitgrössten Frauenanteile aufwies – auf Rang sechs. Unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt liegen dagegen die Frauenanteile bei den bürgerlichen Bundesratsparteien und den

|                     | 1968/71 | 1972/75 | 1976/79 | 1980/83 | 1984/87 | 1988/91 | 1992/94 |
|---------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| FDP                 | 6,9     | 5,0     | 6,6     | 7,7     | 9,1     | 11,7    | 16,6    |
| CVP                 | 6,7     | 5,0     | 6,5     | 7,5     | 8,8     | 10,2    | 15,3    |
| SPS                 | 8,3     | 9,3     | 13,9    | 15,6    | 17,9    | 26,3    | 38,7    |
| SVP                 | 0,0     | 1,7     | 1,7     | 3,7     | 4,8     | 8,1     | 10,1    |
| LPS                 | 14,1    | 13,7    | 12,6    | 12,2    | 14,5    | 17,9    | 24,6    |
| LdU                 | 9,4     | 11,0    | 13,1    | 25,5    | 26,7    | 26,5    | 35,3    |
| EVP                 | 11,1    | 9,3     | 14,0    | 19,6    | 25,5    | 22,0    | 17,4    |
| PdA                 | 15,4    | 13,7    | 22,2    | 20,0    | 22,7    | 33,3    | 48,5    |
| POCH / Grüne        | -       | 16,7    | 40,0    | 40,9    | 32,3    | 31,7    | 46,0    |
| nat. Rechtsparteien | 0,0     | 4,5     | 3,3     | 5,6     | 7,7     | 5,9     | 16,7    |
| AP                  | -       | -       | -       | -       | -       | 0,0     | 3,1     |
| Total               | 7,8     | 6,3     | 8,7     | 10,2    | 12,3    | 15,5    | 22,5    |

*Tabelle 4:* Anteil der gewählten Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente  
(Gewählte pro Partei = 100%)

Rechtsparteien. Unter diesen weist die FDP die grössten Frauenanteile auf, etwas kleiner sind sie bei der CVP. Beide Parteien haben jedoch bis 1988/1991 Frauenanteile von weniger als 10%. Die SVP, meistens mit kleineren Frauenanteilen als die nationalistischen Rechtsparteien, überschritt die 10%-Linie erst 1992/94. Als ausgesprochene «Männerpartei» erweist sich auch auf kantonaler Ebene die AP.

Versuchen wir aufgrund der Entwicklungen der jüngsten Wahlen in die kantonalen Parlamente (1992/94) eine Prognose in bezug auf die parteipolitische Entwicklung der Frauenrepräsentation bei den Nationalratswahlen 1995 zu formulieren, so dürfte diese einerseits eine weitere «Feminisierung» der linken und grünen Parteien beinhalten (diese wiesen bei den jüngsten kantonalen Wahlen Steigerungen des Frauenanteils um 12–15 Prozentpunkten auf). Andererseits dürften auch bei FDP und CVP grössere Zuwachsraten erwartet werden (bei den kantonalen Wahlen betrug die Steigerungen rund 5 Prozentpunkte).

## 2. Die gewählten Frauen nach Sprachregionen

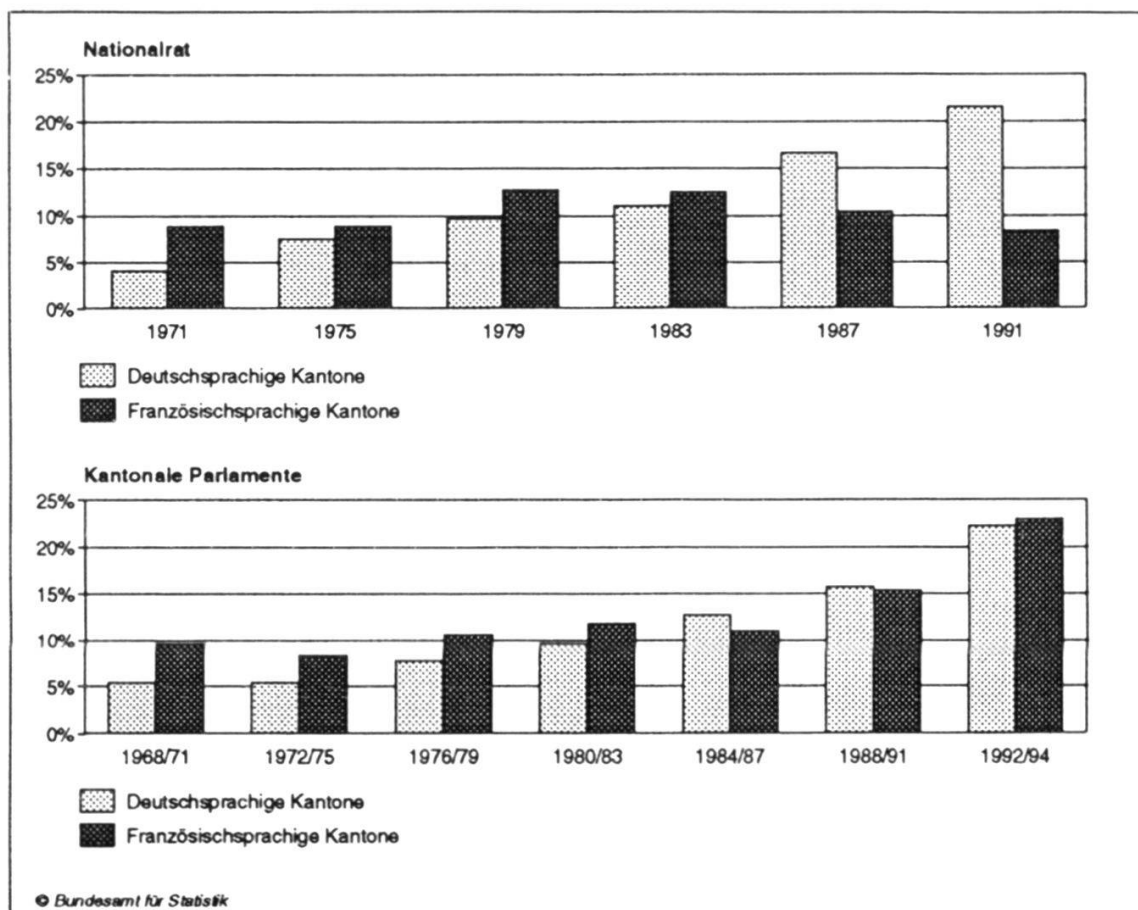
Können wir beim Vergleich der Anteile der gewählten Frauen nach Parteien eine sehr grosse Ähnlichkeit zwischen der Ebene des Nationalrates und derjenigen der kantonalen Parlamente feststellen, so ist dies nicht der Fall in bezug auf die sprachregionale Gliederung. Bei den Nationalratswahlen konstatierten wir, dass 1971 der Anteil der gewählten Frauen in den französischsprachigen Kantonen doppelt so gross war wie in den deutschsprachigen Kantonen und dass dieser ab 1983 in der Romandie deutlich zurückging, während er sich in der Deutschschweiz stark ver-

grösserte. 1991 war der Anteil der Frauen, welche in den deutschsprachigen Kantonen in den Nationalrat gewählt wurden, rund 2½-mal grösser als derjenige in der Romandie.

*Bei den Frauenanteilen in den kantonalen Parlamenten können wir demgegenüber eine weitgehend synchrone Entwicklung in beiden Sprachregionen feststellen. Die Werte der Frauenanteile liegen von 1972/75 bis 1980/83 in der Romandie um 2 bis 3 Prozentpunkte über jenen der Deutschschweiz; 1984/87 und 1988/90 waren die Frauenanteile in der Deutschschweiz um rund 1 Prozentpunkt grösser, 1992/94 wiederum in der Romandie. Als Erklärung dürfte – wie schon oben im Zusammenhang mit den kleinen Parteien LPS, EVP und PdA – der Effekt des Wahlsystems bzw. die tiefere Wahlhürde genannt werden: Bei den kantonalen Wahlen sind in der Romandie insgesamt 735 Sitze zu besetzen, bei den Nationalratswahlen nur 45 bzw. 48. Der sprachregionale Unterschied der Frauenrepräsentation im Nationalrat kann somit wohl mit dem Effekt des Wahlsystems erklärt werden. Ob diesem Unterschied auch noch Differenzen in der politischen Kultur zugrunde liegen, kann in diesem Aufsatz nicht erläutert werden. Immerhin sei am Rande auf die unterschiedliche Entwicklung der Parteienlandschaft seit 1968 in der Deutschschweiz und in der Romandie hingewiesen (Bundesamt für Statistik 1991; Bundesamt für Statistik 1993). Bei den Grünen, welche in den siebziger Jahren vor allem in der Westschweiz verankert waren und sich eher beiläufig um die Gleichstellung der Geschlechter kümmerten, erfolgte in den achtziger Jahren durch den Zusammenschluss mit der POCH und den alternativen Grünen eine geographische und ideologische Schwerpunktverschiebung: Sie hatten fortan ihre stärksten Sektionen in der Deutschschweiz und die Gleichstellung der Frauen wurde dezidiert angestrebt und parteiintern auch verwirklicht. Ähnliche Unterschiede sind auch bei den Sektionen der SPS zwischen der Deutschschweiz und der Romandie festzustellen.*

#### *Zwischenfazit*

- *Bei einem Vergleich der Entwicklung der Frauenanteile im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten stellen wir eine sehr grosse Übereinstimmung fest sowohl zwischen den Totalwerten der Frauenanteile in den beiden Parlamenten als auch in bezug auf die parteipolitische Verteilung der Frauenanteile. Auch in den kantonalen Parlamenten finden sich die weitaus grössten Frauenanteile bei den grünen und linken Parteien, während bei sämtlichen Wahlen von 1968/71 bis 1992/94 die Anteile der gewählten Frauen bei den bürgerlichen Bundesratsparteien (FDP, CVP und SVP), den nationalistischen Rechtsparteien und der AP unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt liegen.*
- *Unterschiede zwischen den Frauenanteilen im Nationalrat und in den kantonalen Parlamenten zeigen sich jedoch bei den kleinen Parteien (LPS, EVP und PdA). Diese delegieren überdurchschnittlich viele Frauen in die kantonalen Parlamente und unterdurchschnittlich viele in den Nationalrat. Erklärt werden dürfte dieser Unterschied mit dem Effekt der geringeren Wahlhürde.*
- *Ebenfalls auf die Wirkung des Wahlsystems dürfte ein weiterer Unterschied zwischen der nationalen und der kantonalen Ebene zurückgeführt werden. In den*



G3 Anteil der gewählten Frauen bei den Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971–1991, nach Sprachregionen

*kantonale Parlamente stellen wir – im Gegensatz zum Nationalrat – keine sprachregionalen Differenzen in der Entwicklung der Frauenrepräsentation fest.*

## V. Zusammenfassung und Hinweise für eine Verbesserung der Repräsentation der Frauen im Nationalrat

### 1. Zusammenfassung

1. In den siebziger Jahren schien die Repräsentation der Frauen im Nationalrat hauptsächlich – wenn auch nicht besonders ausgeprägt – ein Anliegen der grossen Bundesratsparteien FDP, CVP und SPS gewesen zu sein; die meisten Frauen im Nationalrat stammten aus ihren Reihen. In den achtziger Jahren wurden dagegen immer mehr Frauen auf den Wahllisten von SPS und POCH/Grüne gewählt, während die Frauendelegation der bürgerlichen Parteien – anteilmässig – immer kleiner wurde. Dies bewirkte, dass die Frauenrepräsentation im Nationalrat seit den achtziger Jahren eine deutliche parteipolitische Strukturierung erfuhr: Seit 1983 stammen 55–60% aller gewählten Frauen aus den Reihen von SPS und POCH/Grüne, obwohl diese im Nationalrat zusammen nur 26–28% aller Sitze innehaben.

Diese Entwicklung lässt sich auch anhand der Kandidaturen auf den Wahllisten feststellen: Die Frauen verdoppelten von 1971 bis 1991 ihren Anteil von einem Sechstel auf einen Drittel. Diese Steigerung erfolgte ebenfalls vor allem in den achtziger Jahren und auf den Listen der linken und grünen Parteien. Auch beim Vergleich mit der Entwicklung der Frauenanteile in den kantonalen Parlamenten zeigt sich dieselbe Entwicklung der parteipolitischen Verteilung der Frauenanteile.

Die jüngsten Wahlergebnisse weisen immerhin darauf hin, dass auch bei den bürgerlichen Parteien die «Frauenförderung» zu einem Thema geworden ist; die Anteile der gewählten Frauen stiegen sowohl bei den Nationalratswahlen 1991 als auch bei den kantonalen Wahlen der letzten Jahre, wenn auch nicht im selben Ausmass wie bei SPS und POCH/Grüne.

2. In bezug auf die Repräsentation der Frauen nach Sprachregionen kann sowohl bei den Kandidatinnen und – noch ausgeprägter – bei den gewählten Frauen eine deutliche Verschiebung von der Romandie in die Deutschschweiz festgestellt werden: In den siebziger Jahren war der Anteil der gewählten Frauen in den französischsprachigen Kantonen deutlich grösser als in den deutschsprachigen Kantonen, in den achtziger Jahren stiegen dagegen die Anteile der Deutschschweizer Frauen und jene der Frauen aus der Romandie sanken beträchtlich.

Vergleichen wir diese Veränderung der sprachregionalen Verteilung der Frauenrepräsentation mit jener der kantonalen Parlamente, so können wir diesen Unterschied zwischen den Sprachregionen nicht feststellen. Abgesehen von möglichen Differenzen in der politischen Kultur dürfte der sprachregionale Unterschied bei den Nationalratswahlen mit den Effekten des Wahlsystems erklärt werden.

3. Bei der Überprüfung eines möglichen Zusammenhangs zwischen der Wahlkreisgrösse und der Grösse des Anteils der gewählten Frauen kann der These vom «günstigen Einfluss der steigenden Wahlkreisgrösse auf die Frauenrepräsentation» nur begrenzt zugestimmt werden. Sie trifft erstens eher für die Kandidatinnen zu als für die gewählten Frauen und zweitens gilt sie eher für die jüngeren Wahlen – am ehesten für 1991 – und nicht für jene der siebziger Jahre. Bei dieser These ist ferner darauf hinzuweisen, dass die grossen Wahlkreise tendenziell die «Hochburgen» der linken und grünen Parteien sind, und dass gerade diese Parteien es sind, auf deren Listen ab den achtziger Jahren überdurchschnittlich viele Frauen kandidierten und auch gewählt wurden.

## **2. Hinweise für eine Verbesserung der Repräsentation der Frauen im Nationalrat**

Hinweise und Ratschläge für die Verbesserung der Repräsentation im Nationalrat liegen seit einiger Zeit und in beträchtlicher Zahl vor (vgl. etwa Eidg. Kommission für Frauenfragen 1990; Stämpfli/Longchamp 1991; Seitz 1993). Die folgenden Hinweise ergeben sich namentlich aus den oben dargelegten statistischen Analysen.

1. Bei den Ausführungen über die Anteile der Kandidatinnen und der gewählten Frauen haben wir eine grosse Ähnlichkeit zwischen der Grösse des Anteils der



Kandidatinnen und der Grösse des Anteils der gewählten Frauen festgestellt. Daraus lässt sich als *erste Bedingung für die Vergrösserung der Repräsentation der Frauen im Nationalrat ableiten, dass mehr Kandidatinnen aufgestellt werden*. Diese Bedingung ist allerdings nicht mechanistisch zu verstehen: Mehr Frauen auf den Wahllisten bedeutet nicht automatisch auch mehr Frauen im Parlament. Eine erhöhte Frauenpräsenz auf den Wahllisten sollte vielmehr das Produkt einer parteiinternen Willensbildung, einer Haltung der Partei sein, welche die Frauen in den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Bereichen zu einer angemessenen Repräsentation verhelfen will. Dies bedingt unter anderem, dass die Parteien den Frauen auch in den Zeiten zwischen den Wahlen die Möglichkeit geben, sich zu profilieren und sich in der interessierten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Eine Steigerung der Zahl der Frauen auf den Wahllisten ist namentlich angesagt bei der AP, den nationalistischen Rechtsparteien sowie bei der SVP (bei diesen Parteien ist der Kandidatinnenanteil kleiner als 20%). Aber auch bei FDP und CVP – beide mit weniger als 30% Kandidatinnen – besteht hier noch ein grosser Nachholbedarf. Da die bürgerlichen Bundesratsparteien im Nationalrat mehr als die Hälfte aller Sitze innehaben, würden sich entsprechende Bestrebungen besonders bemerkbar machen.

2. Die Wahlquoten haben gezeigt, dass sich die Wahlchancen für die Frauen in den vergangenen zwanzig Jahren nicht besonders verbessert haben. Seit 1983 sind sie – im Vergleich zu den Chancen der Männer – sogar rückläufig: Der Engpass der Frauen auf dem Weg in den Nationalrat liegt somit seit 1983 nicht mehr nur auf der Ebene der Selektion als Kandidatinnen, sondern auch und immer mehr auf jener der Wahl. Dieser Rückgang der Wahlchancen kann nicht nur bei den Frauen der bürgerlichen und rechten Parteien festgestellt werden, sondern auch bei der SPS und beim LdU. Erklärt werden kann er wohl damit, dass der Anteil der Frauen, die sich um ein Mandat im Nationalrat bewarben, seit den achtziger Jahren stärker angestiegen ist als der Anteil derjenigen Frauen, die einen Sitz errangen. Die Männer können in den Wahlen offensichtlich auf ein besser funktionierendes Netz für ihre Unterstützung zählen. Hier setzt die zweite Bedingung für die Vergrösserung des Frauenanteils im Nationalrat an: *Die kandidierenden Frauen müssen im Wahlkampf besser und gezielt unterstützt werden*. Namentlich müssen hier die Defizite, welche die Frauen in bezug auf die Verankerung in den diversen gesellschaftlichen Vereinigungen aufweisen, wettgemacht werden. An diesem Punkt haben – mit Ausnahme der Grünen – sämtliche Parteien zu arbeiten.

## Bibliographie

- Ballmer-Cao, Thanh-Huyen 1990. «Die Frauenvertretung im Nationalrat», S. 37–49 in *Nehmen Sie Platz, Madame. Die politische Repräsentation der Frauen in der Schweiz*, hrsg. von der Eidg. Kommission für Frauenfragen, Bern.
- Bundesamt für Statistik 1991. *Nationalratswahlen 1991: Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971*.

- Bundesamt für Statistik 1993. *Nationalratswahlen 1991: Übersicht und Analyse. Mit einem Anhang zu den Ständeratswahlen 1990/1991*. Bern.
- Eidg. Kommission für Frauenfragen 1990. *Nehmen Sie Platz, Madame. Die politische Repräsentation der Frauen in der Schweiz*, hrsg. von der Eidg. Kommission für Frauenfragen, Bern 1990.
- Forschungszentrum für schweizerische Politik 1968ff. *Schweizerische Politik im Jahre . . .* Bern.
- Seitz, Werner 1992. «Wo hat Madame Platz genommen? Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1991», S. 5–13 in *Frauenfragen / Question au féminin / Problemi al Femminile*, hrsg. von der Eidg. Kommission für Frauenfragen, Bern.
- Seitz, Werner 1993. «Nützen die «Frauenlisten» den Frauen? Die Wirksamkeit der nach Geschlecht getrennten Listen bei den Nationalratswahlen», *Rote Revue* 71: 20–23.
- Stämpfli, Regula / Longchamp Claude 1991. «Wie wird die Zukunft weiblich. Frauenförderung bei Wahlen und darüber hinaus: Bestandesaufnahme und Strategieformulierungen», *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 30: 29–57.

